

---

Jörg Philipp Terhechte

---

# Die Haftung der Dritten Gewalt

---

Haftungsverantwortlichkeit als Baustein  
einer *judicial accountability*

---



Nomos





*Jörg Philipp Terhechte*

# **Die Haftung der Dritten Gewalt**

Haftungsverantwortlichkeit als Baustein  
einer *judicial accountability*

Nomos Verlagsgesellschaft

Diese Publikation wurde gefördert durch den Open-Access-Publikationsfonds der Leuphana Universität Lüneburg.

*Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte (1975-2024) war Professor für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Leuphana Universität Lüneburg sowie Professor for European and International Economic Law an der University of Glasgow. Er war zudem geschäftsführender Direktor des Institute for European Integration am Europa-Kolleg Hamburg.*

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg gedruckt.

1. Auflage 2025

© Jörg Philipp Terhechte

Publiziert von

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden  
[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

Gesamtherstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-2355-4

ISBN (ePDF): 978-3-7489-5033-2

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748950332>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

## Vorbemerkung

Die folgende Arbeit wurde, wie ihr Verfasser in seinem Vorwort erklärt, als Habilitationsschrift an der Fakultät Hamburg eingereicht und angenommen. Das Verfahren konnte jedoch nicht mehr abgeschlossen werden, weil sich ab dem Spätsommer 2024 der Gesundheitszustand von Jörg Terhechte rapide verschlechterte. Im November 2024 ist er im Alter von 49 Jahren verstorben.

Seinen Vorgaben folgend habe ich das bereits weitgehend druckreife Manuskript noch einmal in formaler Hinsicht durchgesehen und offensichtliche Schreibfehler u. ä. korrigiert. Inhaltliche Änderungen wurden nicht vorgenommen; insofern befindet sich der Text auf dem Stand August 2024.

Die Fertigstellung des Buchs, an dem er lange gearbeitet hat, war Jörg Terhechte sehr wichtig. Deswegen freut es mich, dass die Untersuchung nun wie von ihm gewünscht die akademische Öffentlichkeit erreicht. Sie wird die einschlägigen Debatten sicher sehr befruchten.

Zugleich erinnert das Buch zutiefst schmerhaft daran, was wir an Jörg Terhechte hatten und mit ihm verloren haben: einen herausragenden Rechtswissenschaftler, einen höchstgeschätzten Kollegen, einen engen Freund.

Kiel, im August 2025

*Ino Augsberg*



»There are countries in the world where all judicial decisions find favour with the powers that be, but they are probably not places any of us would wish to live«.

(*Lord Tom Bingham*, The Rule of Law, 2010, S. 65)



## Vorwort

Die Diskussion über die Haftung der rechtsprechenden Gewalt (»Dritten Gewalt«) hat in den letzten Jahren spürbar an Bedeutung gewonnen. Sie steht stellvertretend für ein wachsendes wissenschaftliches und praktisches Interesse an der Dritten Gewalt, ihrer Macht, Legitimation und Verantwortlichkeit im modernen Verfassungsstaat sowie den Wandlungsprozessen und Veränderungen, denen sie ausgesetzt ist. Den entsprechenden Entwicklungen und Diskussionen geht die vorliegende Untersuchung nach. Sie will die Voraussetzungen und Funktionen einer Haftung der Dritten Gewalt im deutschen, europäischen und internationalen Recht beleuchten und in ein umfassendes Konzept einer *judicial accountability* einbetten. Eine recht verstandene *judicial accountability* – so die These dieser Untersuchung – kann als zusätzlicher Legitimationsbaustein der Dritten Gewalt dienen.

Angesichts der Bedeutung, die die Dritte Gewalt in vielen Staaten, aber auch auf der europäischen und mitunter auch auf der internationalen Ebene erlangt hat, kommt es womöglich auf zusätzliche legitimationsstiftende Bausteine mehr denn je an, denn es liegt auf der Hand, dass mit der gestiegenen richterlichen Macht auch eine gestiegene Verantwortung einhergeht. Diese Verantwortung, die sich auch in einer Haftungsverantwortlichkeit des Richters oder des Staates ausdrücken kann, in ein umfassendes Gesamtkonzept im Sinne einer *judicial accountability* einzubetten, zeigt, dass die Dritte Gewalt in einem komplexen »Verantwortungsgeflecht« agiert, das sich in den letzten Jahren immer weiter ausdifferenziert hat. Eine Zusammenschau der Haftung der Dritten Gewalt mit weiteren Instrumenten, die die Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt sichern sollen, unterstreicht, dass in bestimmten Fällen eine Haftung die auch für die Dritte Gewalt notwendige Legitimation sichern kann.

Die Studie wurde im WS 2024/2025 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Habilitationsschrift angenommen und hat einen recht langen Weg hinter sich. Dass sie überhaupt entstehen konnte, habe ich zunächst meinem akademischen Lehrer, Prof. Dr. Armin Hatje, Universität Hamburg, zu verdanken. Er hat nicht nur wichtige Impulse für die vorliegende Untersuchung gegeben, sondern mich kontinuierlich seit gut 25 Jahren in jeder Hinsicht gefördert. Danken möchte ich auch Prof. Dr. Markus Kotzur, LL.M. (Duke), Universität Hamburg, der das Zweitgutachten übernommen und wichtige Hinweise gegeben hat.

Erste Entwürfe der Studie sind während meiner Zeit als Wissenschaftlicher Assistent an den Universitäten Bielefeld und Hamburg entstanden. Abgeschlossen wurden die Arbeiten dagegen erst vor wenigen Monaten. Dem Deutschen Akademischen Austauschdienst danke ich für die schon einige Jahre zurückliegende Gewährung zweier Post-Doc Stipendien, die mir mehrmonatige Forschungsaufenthalte an der George Washington University Law School, Washington, D.C., und der University of Oxford, Institute for Comparative and European Law, ermöglichten.

Teile der Arbeit konnten bei Seminaren an der Universität Bielefeld, der Universität Hamburg, der Karls-Universität Prag, der University of Glasgow, der George Washington University Law School sowie im Rahmen des ersten Kolloquiums der Hohbühl-Stiftung vorgestellt werden. Frühe Fassungen wurden auch im »Frankfurter Kranz« diskutiert. Wichtige Hinweise haben zudem Prof. Dr. Johannes Hellermann, Bielefeld, und Prof. Dr. Fabian Wittreck, Münster, gegeben.

Danken möchte ich einer Reihe von Freunden, mit denen ich über das Thema immer wieder diskutieren konnte. Dies gilt für Prof. Dr. Dr. Ino Augsberg, Kiel, Prof. Dr. Steffen Augsberg, Gießen, und Prof. Christian Tams, Glasgow.

Dank gebührt schließlich Johannes Bujara, Judith Crämer, LL.M., und Ass. iur. Katharina Mittrach, die Material beschafft haben und die Arbeit Korrektur gelesen haben.

Gewidmet ist die Untersuchung meiner Frau Dr. Nicole Terhechte-Gerick, ohne die nicht nur diese Arbeit unmöglich gewesen wäre, sowie unseren Söhnen Jakob Elias, Jasper Nepomuk und Joris Nikolaus.

Lüneburg/Hamburg, im April 2024

*Jörg Philipp Terhechte*

## Inhaltsübersicht

Vorbemerkung .....	5
Vorwort .....	9
Abkürzungsverzeichnis .....	47

### 1. Teil: Grundlagen und Forschungsstand

§ 1: Einleitung .....	65
A. Haftungsverantwortlichkeit der Dritten Gewalt im Wandel .....	65
B. Die Rolle der Dritten Gewalt im modernen Verfassungsstaat .....	67
C. Haftungsrecht zwischen »compensation culture« und Legitimationsreservoir .....	67
D. Haftungsverantwortlichkeit als Baustein einer »judicial accountability« .....	69
E. Kontexte: Der Wandel der Dritten Gewalt und neue Haftungsfragen .....	71
F. Rechtliche Grundlagen einer Haftung der Dritten Gewalt .....	80
G. Schwerpunkte der Untersuchung .....	81
H. Gang der Untersuchung .....	85
§ 2: Begriffliche Grundlagen .....	87
A. Rechtsprechung als Dritte Gewalt .....	88
B. Haftung und (Staats-)Haftungsrecht .....	95
C. Accountability .....	98
D. Judicial accountability .....	121
§ 3: Stand der rechtswissenschaftlichen Forschung .....	127
A. Die Dritte Gewalt in der rechtswissenschaftlichen Forschung .....	127

B.	Die Haftung der Dritten Gewalt zwischen Privatrecht und Verfassung .....	130
C.	Unterschiedliche Perspektiven auf die »Haftung der Dritten Gewalt« .....	133
D.	Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt in der öffentlichen Diskussion .....	144
E.	Schlussfolgerungen .....	146
2. Teil:		
Wandel der Dritten Gewalt		
(Grundlagen – Ausdifferenzierung – Europäisierung – Internationalisierung)		
§ 4:	Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	149
A.	Die Dritte Gewalt im Verfassungsstaat des Grundgesetzes .....	151
B.	Rechtsetzungskompetenzen und Organisationsbestimmungen .....	167
C.	Verfassungsrechtliche Aufgaben und Garantien für die Dritte Gewalt .....	173
D.	Die offene Verfassungsordnung des Grundgesetzes und die Dritte Gewalt .....	194
§ 5:	Wandel und Ausdifferenzierung des Entscheidungs- und Aufgabenspektrums der Dritten Gewalt .....	213
A.	Staatsgewalt im Wandel .....	213
B.	Ende der Kontinuität? .....	216
C.	Wandel der rechtlichen Rahmenbedingungen .....	217
D.	Neue Verfahren und Aufgaben .....	235
E.	Neue Institutionen der Streitbeilegung .....	251
F.	Wandel innerhalb der Justiz .....	263
G.	Entscheidungsspektrum der Dritten Gewalt .....	267
H.	Wandel durch Digitalisierung .....	275
I.	Fazit .....	280
§ 6:	Die Dritte Gewalt im europäischen Rechtsprechungsverbund ..	283

A.	Dritte Gewalt und europäischer Rechtsprechungsverbund .....	284
B.	Der Gerichtshof der EU als unionale Dritte Gewalt .....	289
C.	Die institutionelle Ausgestaltung der Unionsgerichtsbarkeit	298
D.	Das Einheitliche Patentgericht .....	309
E.	Die Rolle der mitgliedstaatlichen Judikative im europäischen Rechtsprechungsverbund .....	314
F.	Der EGMR im europäischen Rechtsprechungsverbund .....	330
G.	Schiedsgerichtsbarkeit und europäischer Rechtsprechungsverbund .....	336
H.	Fazit .....	338
§ 7:	Die »Global Community of Courts« und die staatliche Dritte Gewalt .....	341
A.	Verrechtlichung der internationalen Beziehungen durch Gerichte? .....	344
B.	Dimension der Internationalisierung der (staatlichen) Dritten Gewalt .....	351
C.	Jurisdiktionskonflikte .....	359
D.	Internationale Schiedsgerichtsbarkeit und (staatliche) Dritte Gewalt .....	363
E.	Fazit .....	363

### 3. Teil:

#### Die Haftung der Dritten Gewalt im geltenden Recht (Deutsches Recht – Unionsrecht – Völkerrecht)

§ 8:	Die Haftung der Dritten Gewalt im deutschen Recht .....	367
A.	Verfassungsrechtliche Maßstäbe für die Haftung der Dritten Gewalt .....	368
B.	Die Haftung der Dritten Gewalt als Amtshaftung .....	391
C.	Die Haftung der Dritten Gewalt jenseits des Amtshaftungsanspruchs .....	464
D.	Fazit .....	527

---

§ 9: Die Haftung der Dritten Gewalt im Unionsrecht .....	529
A. Unionsrechtliche Maßstäbe für eine Haftung der Dritten Gewalt .....	532
B. Die Haftung der unionalen Dritten Gewalt .....	535
C. Die Europäisierung der Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt .....	543
D. Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt gem. Art. 82 DS-GVO .....	551
E. Die Haftung der Dritten Gewalt im System des EPGÜ .....	558
F. Fazit .....	564
§ 10: Die Haftung der Dritten Gewalt im Völkerrecht .....	565
A. Völkerrechtliche Maßstäbe für eine Haftung der Dritten Gewalt .....	566
B. Die Haftung der Dritten Gewalt und die EMRK .....	570
C. Weitere Haftungsregelungen im Völkervertragsrecht .....	577
D. Die Haftung internationaler Gerichtshöfe .....	578
E. Haftung für die Verletzung des Völkerrechts durch staatliche Gerichte .....	579
F. Internationale Schiedsgerichte und Haftung .....	580
4. Teil:	
Ausprägungen einer <i>judicial accountability</i> im geltenden Recht (Deutsches Recht – Unionsrecht – Völkerrecht)	
§ 11: Dritte Gewalt und <i>judicial accountability</i> .....	585
A. Verantwortlichkeitsbeziehungen der Dritten Gewalt .....	587
B. Ursprünge des Konzepts .....	590
C. Dimensionen und Mechanismen einer <i>judicial accountability</i> .....	593
D. Verfassungsrechtliche Dimensionen .....	598
E. <i>Judicial accountability</i> auf europäischer und internationaler Ebene .....	600
F. <i>Judicial accountability</i> und Schiedsgerichtsbarkeit .....	602
G. Fazit .....	604

§ 12: <i>Judicial accountability</i> im deutschen Recht .....	607
A. Strukturen der internen Verantwortlichkeitssicherung .....	608
B. Verantwortlichkeiten der Dritten Gewalt im Verhältnis zur Exekutive .....	630
C. Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt im Verhältnis zur Legislative .....	632
D. Weitere und neue Formen der Verantwortlichkeitssicherung ..	633
E. Staatliche Gerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit .....	653
F. Fazit .....	655
§ 13: <i>Judicial accountability</i> im Unionsrecht .....	657
A. <i>Judicial accountability</i> als unionales Verantwortlichkeitskonzept? .....	659
B. Rechtsmittel als Form der internen Verantwortlichkeitssicherung	661
C. Verantwortlichkeiten der und gegenüber den Mitgliedstaaten	673
D. Verantwortlichkeiten gegenüber dem Europäischen Parlament ..	677
E. Medien- und Öffentlichkeitsverantwortlichkeit des EuGH .....	680
F. Weitere Verantwortlichkeitsformen .....	681
G. Verhältnis EuGH und EGMR .....	690
H. <i>Judicial accountability</i> der mitgliedstaatlichen Gerichte .....	691
I. Ausblick: Verantwortlichkeitssicherung im europäischen Rechtsraum .....	699
J. Fazit .....	700
§ 14: <i>Judicial accountability</i> im Völkerrecht .....	703
A. Grundlagen und Kontexte .....	705
B. Mechanismen der Selbstkontrolle internationaler Gerichtshöfe und Tribunale .....	707
C. Verantwortlichkeit gegenüber Internationalen Organisationen und Mitgliedstaaten .....	721
D. Verantwortlichkeiten gegenüber parlamentarischen Versammlungen? .....	726
E. Weitere Verantwortlichkeitelemente .....	727

F. Bedeutung des Völkerrechts für staatliche Konzepte einer <i>judicial accountability</i> .....	736
G. Exkurs: Internationale Schiedsgerichte und » <i>Judicial Accountability</i> « .....	739
H. Wechselseitige Verantwortlichkeitssicherung internationaler Gerichtshöfe .....	740
I. Fazit .....	742
J. Annex: Übersicht .....	743
5. Teil:	
Die Haftung der Dritten Gewalt	
als Baustein einer <i>judicial accountability</i>	
(Funktionen – Kontexte – ergänzende Instrumente)	
§ 15: Die Haftung der Dritten Gewalt als Baustein einer <i>judicial accountability</i> .....	747
A. Die Dritte Gewalt als verantwortliche Staatsgewalt .....	747
B. Haftungsverantwortlichkeit und Legitimationsanspruch der Dritten Gewalt .....	749
C. Haftung und Haftungsfunktionen im Lichte einer <i>judicial accountability</i> .....	765
D. Rechtliche und faktische Begrenzungen der haftungsrechtlichen Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt .....	783
E. Instrumente der Haftungsvermeidung und <i>judicial accountability</i> .....	786
F. Regelungsmodelle und Regelungsbedarfe .....	789
G. Fazit: Haftung zwischen demokratischer Legitimation und rechtsstaatlicher Bindung der Dritten Gewalt .....	800
§ 16: Resümee und Ausblick .....	803
Literaturverzeichnis .....	809
Entscheidungsverzeichnis .....	919

## Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung .....	5
Vorwort .....	9
Abkürzungsverzeichnis .....	47

### 1. Teil: Grundlagen und Forschungsstand

§ 1: Einleitung .....	65
A. Haftungsverantwortlichkeit der Dritten Gewalt im Wandel ..	65
B. Die Rolle der Dritten Gewalt im modernen Verfassungsstaat	67
C. Haftungsrecht zwischen » <i>compensation culture</i> « und Legitimationsreservoir .....	67
D. Haftungsverantwortlichkeit als Baustein einer » <i>judicial accountability</i> « .....	69
E. Kontexte: Der Wandel der Dritten Gewalt und neue Haftungsfragen .....	71
I. Ausdifferenzierung, Privatisierung und Digitalisierung der Dritten Gewalt .....	71
II. Die Dritte Gewalt im unionalen Haftungsverbund .....	75
III. Haftungsverantwortlichkeit in einer » <i>Global Community of Courts</i> « .....	76
IV. Politisierung der Dritten Gewalt im Namen der Verantwortlichkeit? .....	78
F. Rechtliche Grundlagen einer Haftung der Dritten Gewalt ....	80
G. Schwerpunkte der Untersuchung .....	81

---

I. Verfassungsrecht als Maßstab .....	81
II. Kontexte der Haftungsfrage .....	82
III. Multiperspektivischer Ansatz .....	83
IV. <i>Governance</i> -Perspektive .....	84
 H. Gang der Untersuchung .....	85
 § 2: Begriffliche Grundlagen .....	87
A. Rechtsprechung als Dritte Gewalt .....	88
I. Verfassungsrechtliche Ausgangslage .....	88
II. Die Enge des verfassungsrechtlichen Begriffs der »Rechtsprechung« .....	90
III. Weites Begriffsverständnis der »Dritten Gewalt« .....	91
B. Haftung und (Staats-)Haftungsrecht .....	95
I. Allgemeines .....	95
II. »Staatshaftung« und »Staatshaftungsrecht« .....	97
C. <i>Accountability</i> .....	98
I. Allgemeines .....	98
II. Abgrenzungen .....	101
1. Weitere Konzepte der Verantwortlichkeitssicherung .....	101
2. <i>Accountability</i> und Kontrolle .....	101
III. <i>Accountability</i> als Schlüsselbegriff .....	102
IV. Unterschiedliche Ausprägungen des <i>accountability</i> - Begriffs .....	103
1. Komplexe Verwaltungsstrukturen und <i>accountability</i> .....	104
2. Legitimationsdefizite und <i>accountability</i> im Unionsrecht .....	105
3. » <i>Individual Accountability</i> « im Internationalen Strafrecht .....	107
4. Legitimation Internationaler Organisationen durch <i>accountability</i> ? .....	107
5. <i>Accountability</i> gem. Art. 5 Abs. 2 DS-GVO .....	109
V. Grundzüge einer allgemeinen Typologie .....	111
1. Horizontale und vertikale <i>accountability</i> .....	112

---

2. Demokratische <i>accountability</i> .....	113
3. Rechtliche <i>accountability</i> .....	114
4. Finanzielle <i>accountability</i> .....	117
VI. Mechanismen und Instrumente zur Sicherung von <i>accountability</i> .....	120
D. <i>Judicial accountability</i> .....	121
I. Kontextabhängigkeit einer richterlichen Verantwortlichkeit .....	121
II. » <i>Judicial accountability</i> « als umfassendes Verantwortlichkeitskonzept .....	122
III. Richterliche Verantwortlichkeit und Haftung .....	124
1. Pluralisierung der Haftungsfunktionen .....	125
2. Verantwortlichkeit des Staates und <i>accountability</i> (Art. 34 S. 1 GG) .....	126
§ 3: Stand der rechtswissenschaftlichen Forschung .....	127
A. Die Dritte Gewalt in der rechtswissenschaftlichen Forschung .....	127
B. Die Haftung der Dritten Gewalt zwischen Privatrecht und Verfassung .....	130
C. Unterschiedliche Perspektiven auf die »Haftung der Dritten Gewalt« .....	133
I. Rechtshistorische Anknüpfungspunkte .....	134
II. Unionsrecht und rechtsvergleichende Perspektive .....	136
III. Die Haftung der Dritten Gewalt im Lichte der Governance-Forschung .....	140
1. Staatshaftungsrecht im Kontext der Säulenstruktur des deutschen Rechts .....	140
2. Haftung und Governance .....	140
3. Die Haftung der Dritten Gewalt und ökonomische Analyse des Rechts .....	142
4. Interdisziplinäre Ansätze .....	143
D. Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt in der öffentlichen Diskussion .....	144

---

E. Schlussfolgerungen .....	146
2. Teil:	
Wandel der Dritten Gewalt	
(Grundlagen – Ausdifferenzierung – Europäisierung – Internationalisierung)	
§ 4: Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	149
A. Die Dritte Gewalt im Verfassungsstaat des Grundgesetzes ....	151
I. Rechtsprechung als (Staats-)Gewalt .....	152
II. Die Dritte Gewalt im System des Grundgesetzes .....	154
1. Das staatliche Rechtsprechungsmonopol .....	154
2. Weitere verfassungsrechtliche Regelungen .....	156
III. Aktuelle und tradierte Problemlagen .....	157
1. Auf dem Weg in den »Richterstaat«? .....	157
2. Privatisierung der Dritten Gewalt .....	160
3. Politisierung der Dritten Gewalt .....	162
a) Das Bundesverfassungsgericht in der politischen Auseinandersetzung .....	162
b) Richterwahlen und -berufungen .....	163
c) Verfassungsrechtliche Absicherung des Bundesverfassungsgerichts .....	164
d) Klimaklagen zwischen Recht und Politik .....	164
B. Rechtsetzungskompetenzen und Organisationsbestimmungen	167
I. Rechtsetzungskompetenzen .....	167
II. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Gerichtsorganisation .....	168
1. Gerichte des Bundes .....	169
a) Das Bundesverfassungsgericht (Art. 93, 94 GG)	169
b) Bundesgerichte .....	170
2. Gerichte der Bundesländer .....	171
a) Verfassungsgerichte .....	171
b) Ordentliche Gerichtsbarkeit und weitere Gerichtsbarkeiten der Länder .....	172
3. Weitere Institutionen der Streitschlichtung .....	172

C. Verfassungsrechtliche Aufgaben und Garantien für die Dritte Gewalt .....	173
I. Verfassungsumittelbare Aufgabenzuweisung an die Dritte Gewalt .....	173
II. Die Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips für die Dritte Gewalt .....	174
1. Gewährleistung von Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte .....	174
2. Die Rechtsbindung der Dritten Gewalt .....	175
3. Rechtsbindung und richterliche Rechtsfortbildung .....	177
4. Rechtskraft der richterlichen Entscheidung .....	178
5. Gebot der Verantwortungszurechenbarkeit .....	179
6. Rechtsstaatsprinzip und Staatshaftung .....	179
III. Demokratieprinzip und Dritte Gewalt .....	180
IV. Die verfassungsrechtliche Garantie der richterlichen Unparteilichkeit .....	182
V. Die verfassungsrechtliche Garantie der richterlichen Unabhängigkeit .....	183
1. Allgemeines .....	183
2. Dimensionen der richterlichen Unabhängigkeit .....	185
a) Sachliche Unabhängigkeit .....	186
b) Persönliche Unabhängigkeit .....	186
c) Aktuelle Problemlage und Herausforderungen	
aa) Institutionelle Unabhängigkeit der Dritten Gewalt .....	187
bb) Beamte auf Lebenszeit als Richter auf Zeit .....	189
cc) Unparteilichkeit der Justiz und Freiheit des religiösen Bekenntnisses .....	191
3. Fazit .....	192
VI. Grundrechte und Dritte Gewalt .....	192
1. <i>Gardienne de la liberté individuelle</i> im europäischen Rechtsprechungsverbund .....	192
2. Justizgrundrechte .....	193
3. Grundrechte und Haftung .....	194
D. Die offene Verfassungsordnung des Grundgesetzes und die Dritte Gewalt .....	194
I. Allgemeines .....	194

II. Mitwirkung bei der Entwicklung der EU als Aufgabe der Dritten Gewalt .....	196
1. Art. 23 GG als »Europafundamentalnorm« .....	196
2. Folgen für die Dritte Gewalt .....	197
3. Grenzen der Integration und die Rolle des BVerfG .....	199
III. Übertragung von Hoheitsrechten und zwischenstaatliche Streitigkeiten .....	201
1. Art. 24 GG als allgemeiner Internationalisierungshebel .....	201
2. Folgen für die Dritte Gewalt .....	202
3. Beitritt zu Vereinbarungen über eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit .....	203
IV. Allgemeine Regeln des Völkerrechts und Dritte Gewalt (Art. 25 GG) .....	206
1. Allgemeine Regeln des Völkerrechts .....	206
2. Folgen für die Dritte Gewalt .....	207
3. Das Normverifikationsverfahren gem. Art. 100 Abs. 2 GG .....	208
V. Völkerrechtliche Verträge und Dritte Gewalt .....	209
VI. Sonderrolle der EMRK im deutschen Recht und Dritte Gewalt .....	210
VII. Fazit: Die Dritte Gewalt im europäischen und internationalen Kontext .....	211
 § 5: Wandel und Ausdifferenzierung des Entscheidungs- und Aufgabenspektrums der Dritten Gewalt .....	213
A. Staatsgewalt im Wandel .....	213
B. Ende der Kontinuität? .....	216
C. Wandel der rechtlichen Rahmenbedingungen .....	217
I. Herausforderungen der Dritten Gewalt im Mehrebenensystem .....	217
II. Verrechtlichung und die Dritte Gewalt .....	220
1. »Gesetzesflut« und »Kolonisierung von Lebenswelten« durch das Recht .....	220
2. Europäische »Rechtsgemeinschaft« .....	222

---

3. Verrechtlichung und Arbeitsbelastung deutscher Gerichte .....	225
4. Komplexität von Gerichtsverfahren .....	228
III. Rolle der verfassungsrechtlichen Rechtsschutzgarantien .....	229
1. Rechtsschutzgarantie als Motor des Richterstaats? .....	229
2. Kein Rechtsschutz gegen den Richter .....	231
IV. Ausweitung klagefähiger Rechtspositionen .....	232
 D. Neue Verfahren und Aufgaben .....	235
I. Die gestiegene Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes .....	235
II. Neue Formen überindividuellen Rechtsschutzes .....	238
III. Neue administrative Aufgaben der Dritten Gewalt .....	242
IV. Mediation als richterliche Aufgabe? .....	244
1. Allgemeines .....	244
2. Zögerliche Entwicklung zum » <i>Multi-Door Courthouse</i> « in Deutschland .....	245
3. EU-Mediationsrichtlinie als Impuls .....	246
4. Keine Regelung über die richterliche Mediation im Mediationsgesetz .....	247
5. Mediation nur durch den Güterrichter (§ 278 ZPO) .....	248
6. Verbraucherrechtliche Streitigkeiten und Mediation .....	250
7. Mediation und Haftung .....	250
 E. Neue Institutionen der Streitbeilegung .....	251
I. Gütestellen .....	252
II. Schiedsgerichtsbarkeit .....	254
1. Allgemeines .....	254
2. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit .....	255
3. Besonderheiten des Schiedsverfahrens nach §§ 1029 ff. ZPO .....	256
4. Schiedsrichterhaftung .....	257
III. Verbands- und Vereinsgerichtsbarkeit .....	258
IV. Parteigerichtsbarkeit .....	260
 F. Wandel innerhalb der Justiz .....	263
I. Internationalisierung durch »Commercial Courts« .....	263
II. Bedeutung der freiwilligen Gerichtsbarkeit .....	264

III. Die Rolle der Rechtspfleger .....	265
IV. Gerichtliche Sachverständige und die Rolle von Expertenwissen .....	266
G. Entscheidungsspektrum der Dritten Gewalt .....	267
I. Die Verdrängung des Urteils als Regelentscheidungsmodus? .....	268
II. Der Beschluss als weniger formale Entscheidungsform	269
III. Neue justizielle Konsenskultur? .....	270
1. Vergleiche .....	270
2. Verständigung im Strafprozess .....	272
H. Wandel durch Digitalisierung .....	275
I. Einfluss der Digitalisierung auf das Verfahrensrecht ....	275
II. Digitale Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten? .....	277
III. Digitaler Neo-Positivismus ohne Verantwortlichkeiten?	278
IV. Big-Data-Prognosen und richterliche Unabhängigkeit	279
I. Fazit .....	280
§ 6: Die Dritte Gewalt im europäischen Rechtsprechungsverbund ...	283
A. Dritte Gewalt und europäischer Rechtsprechungsverbund ....	284
B. Der Gerichtshof der EU als unionale Dritte Gewalt .....	289
I. Das Prinzip des institutionellen Gleichgewichts .....	290
II. Der EuGH als Hüter und Motor des Unionsrechts .....	292
1. Vorabentscheidungsverfahren und Rechtsprechungsverbund .....	293
2. Nichtigkeitsklage und Normverwerfungsmonopol	297
3. Vertragsverletzungsverfahren und »judizielle Loyalität« .....	297
C. Die institutionelle Ausgestaltung der Unionsgerichtsbarkeit	298
I. Der EuGH als multifunktionaler Gerichtshof .....	300
II. Arbeitsbelastung des EuGH .....	300
III. Institutioneller Wandel innerhalb der Unionsgerichtsbarkeit .....	302
1. Errichtung des Gerichts .....	303

---

2.	Vergebene Möglichkeiten: Fachgerichtsbarkeit und die Auflösung des GōD .....	304
3.	Evolutivklausel für Rechtsstreitigkeiten im Bereich des geistigen Eigentums .....	306
4.	Grenzen des institutionellen Wandels und die Haftung der Dritten Gewalt .....	307
D.	Das Einheitliche Patentgericht .....	309
	I. Hintergrund .....	310
	II. Unionsverfassungsrechtliche Zulässigkeit .....	310
	III. Organisation des EPG und verfahrensrechtliche Innovationen .....	312
	IV. Beispielgebendes Verantwortlichkeitsregime? .....	313
E.	Die Rolle der mitgliedstaatlichen Judikative im europäischen Rechtsprechungsverbund .....	314
	I. Gleichheit der Mitgliedstaaten und Bindung der nationalen Gerichte an das Unionsrecht .....	314
	II. Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten und nationale Gerichte .....	315
	III. Einheitliche Anwendung des Unionsrechts durch nationale Gerichte .....	317
	IV. Nationale Gerichte als Sachwalter des «europäischen Interesses» .....	319
	V. Rechtsschutz des Einzelnen und die Rolle der mitgliedstaatlichen Gerichte .....	320
	VI. Mitgliedstaatliche Flankierungen: Europarechtsfreundlichkeit der nationalen (deutschen) Gerichte? .....	322
VII.	Anforderungen des EU-Rechts an die mitgliedstaatlichen Justizsysteme .....	323
	1. Effektiver Rechtsschutz in der »Rechtsunion« .....	324
	2. Einzelne Ausprägungen .....	325
	a) Gesetzliche Grundlage für die Errichtung eines Gerichts .....	325
	b) Richterliche Unabhängigkeit und Unparteilichkeit .....	325
	c) Verfahrensdauer .....	327

3. Perspektiven der mitgliedstaatlichen Justizhoheit im europäischen Rechtsprechungsverbund .....	328
<b>F. Der EGMR im europäischen Rechtsprechungsverbund .....</b>	<b>330</b>
I. Der EGMR als Akteur im europäischen Rechtsprechungsverbund .....	330
II. Geteilte Rechtsprechungsverantwortung zwischen EuGH und EGMR? .....	331
1. Die Rolle der EMRK in der unionalen Rechtsordnung .....	332
2. Rechtsprechungsvernetzung .....	333
3. Beitritt der EU zur EMRK .....	333
4. Perspektiven .....	334
III. Anforderungen der EMRK an die konventionsstaatlichen Justizsysteme .....	334
1. Rolle des Art. 6 EMRK .....	334
2. Weitere Garantien der EMRK .....	335
3. Systematisches Defizit .....	335
<b>G. Schiedsgerichtsbarkeit und europäischer Rechtsprechungsverbund .....</b>	<b>336</b>
<b>H. Fazit .....</b>	<b>338</b>
<b>§ 7: Die »Global Community of Courts« und die staatliche Dritte Gewalt .....</b>	<b>341</b>
<b>A. Verrechtlichung der internationalen Beziehungen durch Gerichte? .....</b>	<b>344</b>
I. Die Emergenz einer » <i>global judiciary</i> « .....	344
II. Internationale Streitbeilegungsinstitutionen .....	347
1. Internationale Gerichtshöfe .....	347
2. Strafgerichtshöfe .....	347
3. WTO-Institutionen der Streitbeilegung .....	348
4. Internationale Schiedsgerichte .....	349
III. Arbeitsbelastung der internationalen Gerichtshöfe und Tribunale .....	350

B. Dimension der Internationalisierung der (staatlichen) Dritten Gewalt .....	351
I. Völkerrechtliche Justizgarantien .....	352
II. Bindung der Dritten Gewalt an die völkerrechtlichen Vorgaben .....	352
1. Allgemeines .....	352
2. Bindung an das Völkerrecht und Urteile internationaler Gerichte .....	353
3. Völkerrechtsfreundlichkeit der Dritten Gewalt .....	354
4. Prozedurale Vermeidungsstrategien .....	355
III. Rechtshilfe als tradierte Form der internationalen Zusammenarbeit .....	356
IV. Neue Formen der Kooperation .....	357
1. Netzwerke und richterliche Arbeitsgruppen .....	357
2. Zitationspraxis .....	358
C. Jurisdiktionskonflikte .....	359
I. Begriff .....	360
II. Formen von Jurisdiktionskonflikten .....	360
III. Völkerrechtliche Ansätze zur Lösung bzw. Vermeidung von Jurisdiktionskonflikten .....	361
1. Zuständigkeitsregelungen .....	361
2. Rolle des <i>Comity</i> -Prinzips .....	362
3. Kooperation .....	362
D. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit und (staatliche) Dritte Gewalt .....	363
E. Fazit .....	363

### 3. Teil:

#### Die Haftung der Dritten Gewalt im geltenden Recht (Deutsches Recht – Unionsrecht – Völkerrecht)

§ 8: Die Haftung der Dritten Gewalt im deutschen Recht .....	367
A. Verfassungsrechtliche Maßstäbe für die Haftung der Dritten Gewalt .....	368
I. Frühere verfassungsrechtliche Regelungen .....	369
II. Art. 34 GG als verfassungsrechtlicher Maßstab .....	370
1. Art. 34 GG als Überleitungsnorm .....	370
2. Art. 34 GG als verfassungsrechtliche Garantie der Staatshaftung .....	373
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Ausnahmen .....	375
III. Die richterliche Unabhängigkeit (Art. 97 GG) .....	377
IV. Die Rechtsbindung der Dritten Gewalt .....	379
V. Art. 92 GG als Maßstab .....	383
VI. Die Grundrechte als Maßstab .....	384
VII. Das Rechtsstaatsprinzip als Maßstab .....	387
VIII. Maßstäbe des Landesverfassungsrechts .....	388
IX. Fazit .....	390
B. Die Haftung der Dritten Gewalt als Amtshaftung .....	391
I. Das »Chaos« des deutschen Amtshaftungsrechts .....	391
II. Voraussetzungen der Amtshaftung .....	392
1. Die Amtshaftung als Funktionshaftung .....	394
a) Richter als »Beamte im haftungsrechtlichen Sinne« .....	395
b) Nichtrichterliche Organe der Rechtspflege .....	397
2. Amtspflichtverletzung und Dritte Gewalt .....	399
a) Richterliche Amtspflichten .....	400
b) Verletzung .....	403
3. Drittgerichtetheit der Amtspflicht .....	404
a) Drittgerichtetheit als Kriterium .....	404
b) Die Drittgerichtetheit der richterlichen Tätigkeit .....	405
4. Verschulden .....	406
a) Fahrlässigkeit und richterliche Unabhängigkeit .....	406

---

b) Richterliches Beratungsgeheimnis .....	408
c) Organisationsverschulden und Dritte Gewalt ...	410
d) »Kollegialgerichtsrichtlinie« und Verschulden	411
5. Schaden und Beweislast .....	413
6. Verursachung und Zurechnung .....	414
a) Kausalität der richterlichen Amtspflichtverletzung für den Schaden .....	414
b) Zurechnung und rechtmäßiges Alternativverhalten .....	414
c) Das Verhältnis von Richter- und Anwaltshaftung	415
7. Ausnahmen und Beschränkungen des Amtshaftungsanspruchs .....	417
a) Das Verweisungsprivileg .....	418
b) Versäumung eines Rechtsmittels .....	419
III. Die Haftungsprivilegierung des § 839 Abs. 2 BGB .....	423
1. Grundlagen .....	424
2. Historischer Hintergrund .....	425
a) Grundlegung durch das Königlich Preußische Obertribunal .....	425
b) Hintergrund der Kodifikation des § 839 Abs. 2 BGB .....	426
3. Wandlungen der Zielsetzung des Spruchrichterprivilegs .....	429
a) Unabhängigkeit der Justiz .....	429
b) Der Schutz der Rechtskraft .....	431
c) Sicherung des Rechtsfriedens .....	433
d) Kritik .....	434
4. Tatbestandsvoraussetzungen des Spruchrichterprivilegs .....	434
a) Beamter .....	435
aa) Berufsrichter und ehrenamtliche Richter ....	435
bb) Extension auf weitere Akteure? .....	436
(1) Mitglieder der Gütestellen .....	437
(2) Schiedsrichter .....	439
(3) Mitglieder der Verbands- und Vereinsgerichtsbarkeit .....	440
(4) Mitglieder der Parteigerichtsbarkeit ....	440
(5) Mitglieder der Vergabekammern .....	440

(6) Rechtspfleger .....	441
(7) Gerichtliche Sachverständige .....	442
(8) Gerichtliche Mediatoren .....	443
b) Verletzung einer Amtspflicht .....	444
c) Urteil in einer Rechtssache .....	444
aa) Ursprünglicher Begriff des »Urteils« .....	444
bb) Urteile und urteilsvertretende Erkenntnisse .....	445
cc) Erstreckung auf einstweilige Anordnungen gem. § 123 VwGO? .....	448
dd) Weitere urteilsvertretende Erkenntnisse .....	452
ee) Die Tendenz zur Ausweitung des Anwendungsbereichs des Privilegs .....	452
ff) Nichtanwendbarkeit auf andere Beschlüsse .....	453
(1) Prozessvergleiche .....	454
(2) Freiwillige Gerichtsbarkeit .....	455
(3) Strafrechtliches Ermittlungsverfahren ..	455
(4) Weitere Bereiche .....	456
(5) Restriktionen des Verschuldensmaßstabs .....	457
gg) Bei einem Urteil .....	458
IV. Verweigerung und Verzögerung der Amtsausübung als Grenze .....	458
1. Die Justizverweigerung .....	459
2. Die Verzögerung .....	459
V. Die Begehung einer Straftat als Ausnahme .....	461
1. Rechtsbeugung (§ 339 StGB) .....	462
2. Richterbestechlichkeit (§ 332 Abs. 2 StGB) .....	462
3. Nötigung durch den Richter? .....	463
VI. Inhalt des Amtshaftungsanspruchs .....	463
VII. Die Regressmöglichkeit des Staates .....	464
C. Die Haftung der Dritten Gewalt jenseits des Amtshaftungsanspruchs .....	464
I. Entschädigungsansprüche .....	465
II. Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren (§ 198 Abs. GVG) .....	466
1. Allgemeines .....	466
2. Verfahrensdauer als tradierte Problemlage .....	469
a) Historische Regelungsansätze .....	469

---

b) Ursachen für überlange Verfahren .....	471
3. Verfassungsrechtlicher Maßstab .....	473
a) Grundlagen .....	473
b) Verfassungsrechtlicher Kontext .....	474
c) Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 GG .....	476
d) Allgemeiner Justizgewährungsanspruch .....	476
e) Besondere Rolle des Art. 2 Abs. 2 GG in Strafverfahren .....	477
4. Rechtsschutz gegen überlange Gerichtsverfahren bis zum Erlass des ÜGRG .....	478
5. Rechtsprechung des EGMR als Impuls für eine Neuregelung .....	479
6. Strukturen und Kontext des ÜGRG .....	482
a) Systematik .....	482
b) Rechtsnatur des Entschädigungsanspruchs .....	484
c) Funktion des Entschädigungsanspruchs .....	486
7. Entwicklung der Rechtsprechung zu § 198 GVG ...	487
a) Allgemeine Entwicklung .....	487
b) Evaluationsbericht des BMJV aus dem Jahre 2014 .....	487
c) Neuere Bewertungen des § 198 GVG .....	488
8. Ausgestaltung im Lichte der EMRK .....	490
a) Allgemeines .....	490
b) Sonderfall Familiensachen .....	490
c) Folgen .....	492
9. Verhältnis zu sonstigen Rechtsbehelfen .....	492
10. Voraussetzungen des Entschädigungsanspruchs ....	493
a) Anspruchsberechtigung (§ 198 Abs. 6 Nr. 2 GVG) .....	493
b) Begriff des Gerichtsverfahrens .....	494
aa) Definition des Gerichtsverfahrens (§ 198 Abs. 6 Nr. 1 GVG) .....	494
bb) Rolle des § 198 GVG im Vorlageverfahren gem. Art. 267 AEUV .....	495
cc) Analoge Anwendung auf private Schiedsgerichte? .....	496
c) Unangemessene Dauer (§ 198 Abs. 1 GVG) ....	498
aa) Schwierigkeit des Verfahrens .....	499
bb) Bedeutung des Verfahrens .....	500

cc) Verhalten der Verfahrensbeteiligten und Dritter .....	501
d) Nachteil .....	502
e) Kausalität des Nachteils .....	502
f) Verzögerungsrüge .....	502
11. Inhalt des Anspruchs .....	503
a) Entschädigungsanspruch .....	504
b) Wiedergutmachung auf andere Weise (§ 198 Abs. 4 GVG) .....	504
c) Insbesondere die Feststellung der unangemessenen Verfahrensdauer .....	505
12. Aktuelle Problemlagen des Entschädigungsanspruchs .....	505
a) Gerichtszweiglösung (§ 201 GVG) als Problem? .....	506
b) Keine Beschwerde gegen die Aussetzung gem. § 201 Abs. 3 GVG? .....	506
c) Keine Übertragbarkeit des Anspruchs? .....	507
d) Isolierte Feststellung der Verzögerung? .....	508
13. Besonderheiten für Strafverfahren .....	510
14. Haftende Körperschaft .....	511
15. Verhältnis zum Amtshaftungsanspruch .....	512
16. Bewertung und Fazit .....	513
III. Entschädigungsansprüche für überlange Gerichtsverfahren in weiteren Prozessordnungen .....	514
IV. Entschädigungsanspruch gem. § 97a BVerfGG .....	515
1. Allgemeines .....	515
2. Voraussetzungen .....	516
a) Verfahrensbeteiligte .....	516
b) Verfahren .....	517
c) Unangemessene Verfahrensdauer .....	518
aa) Besondere Aufgaben und Stellung des Bundesverfassungsgerichts .....	518
bb) Allgemeine Kriterien .....	519
d) Nachteil als subjektive Betroffenheit? .....	520
e) Entschädigungsanspruch .....	521
3. Verzögerungsbeschwerde gem. § 97b BVerfGG .....	521
4. Bisherige Praxis des Bundesverfassungsgerichts .....	522
5. Fazit .....	523

---

V. Rechtsschutz gegen überlange Verfahren der Landesverfassungsgerichte .....	524
VI. Ansprüche auf der Grundlage des Strafrechtsentschädigungsgesetzes .....	525
VII. Ansprüche nach den Staatshaftungsgesetzen der neuen Bundesländer .....	526
D. Fazit .....	527
 § 9: Die Haftung der Dritten Gewalt im Unionsrecht .....	529
A. Unionsrechtliche Maßstäbe für eine Haftung der Dritten Gewalt .....	532
I. Rechtsstaatlichkeit der Union und Dritte Gewalt .....	532
II. Die Rolle des EuGH im System des unionalen Haftungsrechts .....	533
III. Unionale Justizgrundrechte .....	534
IV. Das Institut der unionalen (Staats-)Haftung .....	535
B. Die Haftung der unionalen Dritten Gewalt .....	535
I. Allgemeines .....	536
II. Voraussetzungen des außervertraglichen Haftungsanspruchs .....	537
1. Gerichtshof als Organ der EU .....	537
2. Qualifizierte Rechtsverletzung .....	538
3. Kausaler Schaden .....	539
4. Anspruchsgegner .....	540
a) Verbandshaftung der Union .....	540
b) Keine persönliche Haftung oder Regress der EU-Richter .....	540
5. Zuständigkeit des Gerichts .....	541
III. Faktischer Ausschluss einer Haftung des EuGH? .....	542
C. Die Europäisierung der Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt .....	543
I. Der unionsrechtliche Staatshaftungsanspruch als Grundlage .....	544
1. Allgemeine Voraussetzungen .....	544
2. Anwendung auf mitgliedstaatliche Gerichte .....	544

a) Keine Beeinträchtigung der mitgliedstaatlichen Gerichte durch Haftung .....	544
b) Begrenzung auf letztinstanzliche Gerichte .....	545
c) Anforderungen an den qualifizierten Rechtsverstoß .....	546
II. Funktionen der Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt .....	547
1. Sicherung der praktischen Wirksamkeit des Unionsrechts .....	547
2. Die Rolle der Unionsgrundrechte .....	547
3. Qualitätssicherung .....	548
III. Nationale Privilegierungstatbestände im Lichte des Unionsrechts .....	548
IV. Rechtskraft der mitgliedstaatlichen Entscheidungen als Grenze .....	550
 D. Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt gem. Art. 82 DS-GVO .....	551
I. Umfassende Regelung zur Sicherung der datenschutzrechtlichen <i>accountability</i> .....	553
II. Anwendungsbereich der DS-GVO .....	553
III. Haftung gem. Art. 82 DS-GVO .....	554
1. Voraussetzungen der Haftung .....	554
2. Begrenzungen der Haftung für die Dritte Gewalt? .....	555
3. Anspruchsinhalt .....	556
4. Anspruchsgegner .....	556
5. Zuständigkeit der vertragsmitgliedstaatlichen Gerichte .....	557
IV. Haftung im Kontext der weiteren Instrumente zur Durchsetzung der DS-GVO .....	557
V. Ausblick .....	558
 E. Die Haftung der Dritten Gewalt im System des EPGÜ .....	558
I. Allgemeines .....	558
II. Außervertragliche Haftung gem. Art. 5 Abs. 2 EPGÜ ..	560
1. Voraussetzungen .....	560
2. Anspruchsinhalt .....	560
3. Zuständiges Gericht für den Haftungsanspruch (Art. 5 Abs. 3 EPGÜ) .....	561

---

III. Haftung der Vertragsstaaten für Verstöße des EPG gegen das EU-Recht .....	561
1. Unionsrechtliche Anforderungen an das EPG .....	561
2. Voraussetzungen .....	562
3. Anspruchsinhalt .....	563
4. Zuständiges Gericht (Art. 22 Abs. 2 EPGÜ) .....	563
IV. Prototyp einer ausdrücklich verankerten Haftung der Dritten Gewalt? .....	563
F. Fazit .....	564
 § 10: Die Haftung der Dritten Gewalt im Völkerrecht .....	565
A. Völkerrechtliche Maßstäbe für eine Haftung der Dritten Gewalt .....	566
I. Internationaler Menschenrechtsschutz .....	566
II. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit .....	567
1. Grundlagen .....	567
2. Staatenverantwortlichkeit für Handlungen der Dritten Gewalt .....	567
3. Verantwortlichkeit Internationaler Organisation ...	568
4. Rechtsfolgen .....	568
III. Richterliche Unabhängigkeit, Immunitätsrecht und <i>res iudicata</i> .....	569
B. Die Haftung der Dritten Gewalt und die EMRK .....	570
I. Haftung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte? .....	571
II. Die Überformung der nationalen Haftung durch die EMRK .....	573
1. Maßstäbe des EMRK-Rechts für eine Haftung der Dritten Gewalt .....	573
a) Recht auf ein faires Verfahren (Art. 6 EMRK) .....	573
b) Recht auf wirksame Beschwerde (Art. 13 EMRK) .....	574
2. Entschädigungsansprüche auf der Grundlage der EMRK .....	575
a) Schadensersatz gem. Art. 5 Abs. 5 EMRK .....	575
b) Gerechte Entschädigung gem. Art. 41 EMRK ..	575

c) Haftentschädigung gem. Art. 3 Protokoll Nr. 7 zur EMRK .....	576
3. Praktische Bedeutung am Beispiel überlanger Gerichtsverfahren .....	576
C. Weitere Haftungsregelungen im Völkervertragsrecht .....	577
D. Die Haftung internationaler Gerichtshöfe .....	578
I. Weitgehender Ausschluss der persönlichen Haftung ....	578
II. Haftung der Gerichte oder der Rechtsträger? .....	578
E. Haftung für die Verletzung des Völkerrechts durch staatliche Gerichte .....	579
F. Internationale Schiedsgerichte und Haftung .....	580
4. Teil: Ausprägungen einer <i>judicial accountability</i> im geltenden Recht (Deutsches Recht – Unionsrecht – Völkerrecht)	
§ 11:Dritte Gewalt und <i>judicial accountability</i> .....	585
A. Verantwortlichkeitsbeziehungen der Dritten Gewalt .....	587
I. Verantwortlichkeiten der Dritten Gewalt .....	587
II. Unterschiedliche Verantwortlichkeiten der Staatsfunktionen .....	588
III. Schlussfolgerungen für den weiteren Gang der Überlegungen .....	589
B. Ursprünge des Konzepts .....	590
I. <i>Judicial accountability</i> im U.S.-Recht .....	590
II. <i>Judicial accountability</i> in Transformationsländern .....	591
III. Justizkorruption und <i>judicial accountability</i> .....	591
IV. <i>Judicial accountability</i> und internationaler Menschenrechtsschutz .....	592
C. Dimensionen und Mechanismen einer <i>judicial accountability</i>	593
I. Interne und externe richterliche Verantwortlichkeit ....	594

---

II. Horizontale und vertikale <i>accountability</i> .....	594
III. Demokratische Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt .....	596
IV. Rechtsbindung als rechtliche <i>accountability</i> .....	596
V. Finanzielle <i>accountability</i> .....	597
VI. Öffentlichkeitsverantwortung der Dritten Gewalt .....	597
VII. Weitere Dimensionen .....	598
D. Verfassungsrechtliche Dimensionen .....	598
I. Verantwortlichkeit jenseits der Rechtsbindung? .....	598
II. <i>Accountability</i> und richterliche Unabhängigkeit .....	599
E. <i>Judicial accountability</i> auf europäischer und internationaler Ebene .....	600
I. Spezifische Verantwortlichkeiten im europäischen Rechtsprechungsverbund .....	601
II. Internationale Gerichte und internationale öffentliche Gewalt .....	601
III. Baustein eines ebenenübergreifenden Gerichtsverfassungsrechts? .....	602
F. <i>Judicial accountability</i> und Schiedsgerichtsbarkeit .....	602
I. Verantwortlichkeit nur gegenüber den Parteien? .....	602
II. Neue Formen der Verantwortlichkeit von Schiedsgerichten .....	604
G. Fazit .....	604
§ 12: <i>Judicial accountability</i> im deutschen Recht .....	607
A. Strukturen der internen Verantwortlichkeitssicherung .....	608
I. Entwicklungen des Rechtsmittelrechts .....	609
1. Allgemeines .....	609
2. Zulassungsbedürftige Rechtsmittel als Regelfall ....	610
3. Wertgrenze bei der Nichtzulassungsbeschwerde ....	610
II. Restriktiver Zugang zum Bundesverfassungsgericht ....	611
1. Allgemeines .....	611
2. Subsidiarität in der Rechtsprechung des BGH .....	613
III. Dienstaufsicht und Disziplinarrecht als zahnlose Tiger? .....	615
1. Grundlagen (§ 26 Abs. 2 DRiG) .....	616

2.	Die »äußere Ordnung der Rechtsprechung« als Gegenstand der Dienstaufsicht .....	616
3.	Erledigungszahlen als aktuelle Problemlage .....	617
4.	Strukturelle Koppelung von Disziplinarrecht und Amtshaftung .....	618
IV.	Amtsenthebung als gewaltendurchbrechendes Phänomen? .....	620
1.	Grundlagen .....	620
2.	Politische Resilienz der Dritten Gewalt – Aktuelle Problemlagen .....	621
V.	Begründungspflicht .....	622
1.	Funktion der Begründungspflicht .....	622
2.	Unterschiedliche Ausprägungen im Prozessrecht ...	623
3.	Die Begründungspraxis des Bundesverfassungsgerichts .....	624
VI.	Ausschluss und Ablehnung von Richtern als <i>ex ante</i> -Instrumente .....	625
1.	Allgemeines .....	625
2.	Ablehnungsrecht zwischen Gewohnheitsrecht und Politisierung .....	626
VII.	Wandlungen der Rolle des Richters durch Prozessrecht	629
B.	Verantwortlichkeiten der Dritten Gewalt im Verhältnis zur Exekutive .....	630
I.	Die doppelte Funktion des Art. 19 Abs. 4 GG .....	630
II.	Administrative Aufgaben der Dritten Gewalt .....	630
III.	Richterliche Selbstverwaltung .....	631
C.	Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt im Verhältnis zur Legislative .....	632
I.	Bindung der Dritten Gewalt an das Parlamentsgesetz	632
II.	Richterwahlen durch Parlamente .....	632
III.	Haushaltsgesetzgeber und Ausstattung der Gerichte ...	632
D.	Weitere und neue Formen der Verantwortlichkeitssicherung .....	633
I.	Verfahren der Richterbestellung .....	633
1.	Allgemeines .....	633
2.	Qualifikationserfordernisse .....	634

---

3.	Die Wahl der Richter des Bundesverfassungsgerichts .....	635
4.	Wahl der Bundesrichter .....	637
5.	Verfahren auf der Ebene der Länder .....	638
6.	Beförderungsstellen als neue Problemlage .....	639
II.	Öffentlichkeit und Transparenz .....	640
1.	Öffentlichkeit der Verhandlung .....	640
2.	Transparenz der Dritten Gewalt .....	640
a)	Zugang zu Gerichtsentscheidungen .....	641
b)	Voraussetzungloses Akteneinsichtsrecht? .....	642
c)	Verantwortungsdiffusion bei Kollegialentscheidungen? .....	643
III.	Medienverantwortlichkeit der Dritten Gewalt im Wandel .....	644
1.	Allgemeines .....	644
2.	Die Zulässigkeit von Ton- und Bildaufnahmen ....	645
3.	Vorabinformationen der Justizpressekonferenz ....	646
IV.	Öffentliche Kritik .....	647
1.	Allgemeines .....	647
2.	Anforderungen der Mediengesellschaft – <i>Responsive Judges</i> .....	649
V.	Justizkritik durch andere Staatsgewalten als sensibles Terrain .....	649
VI.	Justizkritik durch Rechtsanwälte .....	651
VII.	Die Rolle der Rechtswissenschaft .....	652
E.	Staatliche Gerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit .....	653
F.	Fazit .....	655
§ 13:	<i>Judicial accountability</i> im Unionsrecht .....	657
A.	<i>Judicial accountability</i> als unionales Verantwortlichkeitskonzept? .....	659
B.	Rechtsmittel als Form der internen Verantwortlichkeitssicherung .....	661
I.	Rechtsmittel und Rechtsbehelfe im Unionsrecht .....	661
1.	Allgemeines .....	661

2. Grundlagen und Besonderheiten des unionalen Rechtsmittelsystems .....	663
a) Unionsrechtlich garantierter Instanzenzug? .....	663
b) Sonderfall des Überprüfungsverfahrens .....	664
3. Richterliche Verantwortlichkeit des EuGH und Rechtsmittelverfahren .....	665
4. Reformen der Aufgabenverteilung und des Rechtsmittelregimes .....	666
a) Allgemeines .....	666
b) Europäische Grundrechtsbeschwerde? .....	667
c) Grenzen der Fortentwicklung des unionalen Rechtsbehelfssystems .....	668
II. Weitere Aspekte der internen Verantwortlichkeitssicherung .....	669
1. Die Rolle der Generalanwälte (Art. 252 AEUV) ....	669
2. Begründungsstil und richterliche Verantwortlichkeit .....	670
3. Ausstattung und Größe des EuGH .....	671
4. Ausschluss von Richtern und Generalanwälten wegen Befangenheit .....	672
C. Verantwortlichkeiten der und gegenüber den Mitgliedstaaten	673
I. Benennung der EuGH-Richter .....	674
II. Wiederbenennung als Verantwortlichkeitsinstrument?	675
III. Weitere Formen .....	676
D. Verantwortlichkeiten gegenüber dem Europäischen Parlament .....	677
I. Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments bei der Richterbestellung .....	677
II. Bindung an das Unions(-parlaments)recht .....	678
E. Medien- und Öffentlichkeitsverantwortlichkeit des EuGH ...	680
F. Weitere Verantwortlichkeitsformen .....	681
I. Qualifikationserfordernisse .....	682
II. Das neue Verfahren der Richterernennung .....	682
III. Gesetzlicher Richter und Geschäftsverteilung .....	685
IV. Dienstaufsicht .....	686

V. Amtsenthebung gem. Art. 6 EuGH-Satzung .....	687
VI. Verantwortlichkeit durch <i>Peer-Pressure?</i> – Zur Rolle der Rechtswissenschaft .....	687
1. Weiterentwicklung des Unionsrechts .....	688
2. Verantwortlichkeitssicherung .....	689
G. Verhältnis EuGH und EGMR .....	690
H. <i>Judicial accountability</i> der mitgliedstaatlichen Gerichte .....	691
I. Verantwortlichkeiten im dualistischen Rechtsschutzsystem der EU .....	692
II. Sicherung der Verantwortlichkeit der mitgliedstaatlichen Gerichte .....	692
1. Vorabentscheidungsverfahren und richterliche Verantwortlichkeiten .....	693
2. Vorgaben für die Organisation der mitgliedstaatlichen Judikative .....	694
III. Weitere Instrumente .....	695
1. Orientierung an den unionalen Auslegungsmethoden .....	696
2. Überformung mitgliedstaatlicher Rechtsschutz- und Verfahrenskonzeptionen .....	697
3. Unionsrechtliche Haftung der mitgliedstaatlichen Dritten Gewalt .....	698
I. Ausblick: Verantwortlichkeitssicherung im europäischen Rechtsraum .....	699
J. Fazit .....	700
§ 14: <i>Judicial accountability</i> im Völkerrecht .....	703
A. Grundlagen und Kontexte .....	705
B. Mechanismen der Selbstkontrolle internationaler Gerichtshöfe und Tribunale .....	707
I. Rechtsmittel ( <i>right to appeal</i> ) .....	708
II. <i>Judicial Ethics</i> als Selbstkontrolle .....	710
1. Allgemeines .....	710

2. <i>Judicial accountability</i> und Ethik-Richtlinien .....	711
3. <i>Code of Judicial Ethics</i> des IStGH und des EGMR .....	713
4. Unabhängigkeit und Verantwortung als Grundlage richterlicher Berufsethik .....	713
III. Weitere Instrumente und Akteure interner Verantwortlichkeitssicherung .....	714
1. Begründungspflichten und Begründungsstil .....	714
2. Größe und Budgets internationaler Gerichte .....	717
3. Befangenheitsregelungen .....	720
C. Verantwortlichkeit gegenüber Internationalen Organisationen und Mitgliedstaaten .....	721
I. Internationale Gerichtshöfe als Organe Internationaler Organisationen .....	721
II. Mögliche Formen der Verantwortlichkeitssicherung ....	722
1. Rechtsbindung .....	722
2. Bestellung der Richter .....	723
3. Weitere Formen .....	724
III. Sonderfall: Internationale Gerichtshöfe mit eigener Rechtspersönlichkeit .....	724
IV. Staatenverantwortlichkeit und internationale Gerichtshöfe .....	725
D. Verantwortlichkeiten gegenüber parlamentarischen Versammlungen? .....	726
I. Allgemeines .....	726
II. Richterwahlen durch parlamentarische Versammlungen: Das Beispiel der EMRK .....	726
E. Weitere Verantwortlichkeitselemente .....	727
I. Qualifikationserfordernisse .....	727
II. Nationalität und Geschlecht der Nominees .....	729
III. Inkompatibilitätsregelungen .....	730
IV. Dienstaufsicht .....	731
1. Interne Mechanismen .....	731
2. Externe Aufsicht: Das Beispiel des IStGH- <i>Oversight Mechanism</i> .....	732
V. Amtsenthebung und Entlassung .....	732
VI. Medien- und Öffentlichkeitsverantwortung .....	732

VII. Verantwortlichkeit durch <i>Peer-Pressure</i> – Zur Rolle der Rechtswissenschaft .....	734
F. Bedeutung des Völkerrechts für staatliche Konzepte einer <i>judicial accountability</i> .....	736
I. <i>Judicial accountability</i> und internationale Menschenrechtsverträge .....	736
II. Weitere völkerrechtliche Anknüpfungspunkte .....	737
III. Die Rolle des völkerrechtlichen <i>soft law</i> .....	738
G. Exkurs: Internationale Schiedsgerichte und » <i>Judicial Accountability</i> « .....	739
H. Wechselseitige Verantwortlichkeitssicherung internationaler Gerichtshöfe .....	740
I. Fazit .....	742
J. Annex: Übersicht .....	743

5. Teil:  
Die Haftung der Dritten Gewalt  
als Baustein einer *judicial accountability*  
(Funktionen – Kontexte – ergänzende Instrumente)

§ 15: Die Haftung der Dritten Gewalt als Baustein einer <i>judicial accountability</i> .....	747
A. Die Dritte Gewalt als verantwortliche Staatsgewalt .....	747
B. Haftungsverantwortlichkeit und Legitimationsanspruch der Dritten Gewalt .....	749
I. Legitimation der Dritten Gewalt im Wandel .....	751
1. Legitimationsanforderungen an die Dritte Gewalt .....	751
2. Die Haftung der Dritten Gewalt zwischen Rechtsbindung und Richterrecht .....	754
II. Gestiegener Legitimationsanspruch? .....	759
1. »Macht« der Dritten Gewalt .....	759

2.	Hinreichendes Legitimationsniveau .....	760
3.	Neue Anforderungen durch europäische und internationale Vernetzung .....	761
4.	Verantwortlichkeit und Legitimation einer digitalen Justiz .....	762
5.	Klare Verantwortlichkeitsstrukturen als Garant der Krisenfestigkeit? .....	762
III.	Legitimationsstiftung durch Haftungsrecht .....	763
IV.	Richterliche Unabhängigkeit, Haftungsprivilegien und Haftungsüberleitung .....	764
C.	Haftung und Haftungsfunktionen im Lichte einer <i>judicial accountability</i> .....	765
I.	Allgemeines .....	765
II.	Pluralisierung der Haftungsfunktionen .....	766
1.	Die Haftung der Dritten Gewalt zwischen Kompensation, Prävention und Pönalisation .....	768
a)	Kompensation als tradierte Haftungsfunktion	768
b)	Schadensprävention durch Haftungsrecht und Dritte Gewalt .....	770
c)	Kein Strafschadensersatz für Handeln der Dritten Gewalt? .....	772
2.	Die Haftung der Dritten Gewalt als sekundärer Rechtsschutz? .....	773
3.	Gewährleistung und Festigung der Rechtsbindung	774
4.	Schutz der Grundrechte .....	774
5.	Ausgleich von Rechtsschutzdefiziten .....	774
6.	Sonderfall: Haftungsverantwortlichkeit des Bundesverfassungsgerichts .....	775
III.	Besondere Haftungsfunktionen im Unionsrecht .....	776
1.	Wirksamer Schutz der Rechte des Einzelnen .....	777
2.	Rolle des Haftungsrechts im Rechtsschutz- und Verfahrenssystem der EU .....	777
3.	Sicherung der Wirksamkeit des EU-Rechts .....	778
4.	Sicherung der judiziellen Gefolgschaft im europäischen Rechtsprechungsverbund .....	778
5.	Integration durch Haftung? .....	779

IV. Haftungsfunktionen im Völkerrecht .....	780
1. Wiedergutmachung und Haftung der Dritten Gewalt .....	780
a) Kompensation .....	781
b) Prävention .....	781
c) Keine <i>punitive damages</i> im Völkerrecht? .....	782
2. Verhaltenssteuerung von Staaten durch Haftungsrecht? .....	782
3. Nationale Justizsysteme und internationale Investitionsschiedsgerichtsbarkeit .....	783
D. Rechtliche und faktische Begrenzungen der haftungsrechtlichen Verantwortlichkeit der Dritten Gewalt ..	783
I. Anforderungen der richterlichen Unabhängigkeit .....	784
II. Leistungsfähigkeit des Staates .....	784
III. »Ansehen« der Dritten Gewalt .....	785
E. Instrumente der Haftungsvermeidung und <i>judicial accountability</i>	786
I. Richterliche Berufsethik .....	787
II. Verhaltensleitlinien des Bundesverfassungsgerichts .....	787
III. Aus- und Weiterbildung .....	788
IV. <i>Judicial Ethics</i> und Schiedsgerichtsbarkeit .....	788
F. Regelungsmodelle und Regelungsbedarfe .....	789
I. Allgemeines .....	789
II. Die Haftung der Dritten Gewalt und das Staatshaftungsgesetz von 1981 .....	790
1. Das Staatshaftungsgesetz von 1981 .....	790
2. Insbesondere: Regelungen über die Haftung der Dritten Gewalt .....	791
3. Fazit .....	792
III. Aktuelle Reformvorschläge für das deutsche Staatshaftungsrecht .....	793
1. Politischer Wille und Gründe für sein Scheitern ....	794
2. Vorschläge aus der Wissenschaft und das Problem der Selbstverantwortung der Dritten Gewalt .....	794

---

IV. Regelungsbedarfe und Regelungsmöglichkeiten für die Haftung der Dritten Gewalt .....	795
1. Unmittelbare Staatshaftung für »Justizunrecht« ....	796
2. Überlange Verfahren als Unterfall eines eigenständigen Haftungsanspruchs .....	796
3. Eigenständige Regelung der Schiedsrichterhaftung	797
4. Gefährdungshaftung für den Einsatz von KI in Gerichtsverfahren .....	797
5. Datenschutz in der Justiz und Haftung nach der DS-GVO .....	797
6. Haftungsverantwortlichkeit im europäischen Rechtsprechungsverbund .....	798
7. Effektive Anwendung des Völkerrechts durch staatliche Gerichte und Stärkung der Legitimation internationaler Gerichte .....	799
G. Fazit: Haftung zwischen demokratischer Legitimation und rechtsstaatlicher Bindung der Dritten Gewalt .....	800
§ 16: Resümee und Ausblick .....	803
Literaturverzeichnis .....	809
Entscheidungsverzeichnis .....	919

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
a. M.	andere(r) Meinung
AAA	American Anthropological Association
AB	Appellate Body
AbL.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADR	Alternative Dispute Resolution
AEAJ	Association of European Administrative Judges
AECLJ	Association of European Competition Law Judges
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Archiv für Presserecht. Zeitschrift für das gesamte Medienrecht
AG	Aktiengesellschaft
AGBGB	Gesetz zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und anderer Gesetze
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AGGVG	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (Gerichtsverfassungsausführungsgesetz)
AGH	Amtshaftungsgesetz (Österreich)
AJCL	American Journal of Comparative Law
AJIL	American Journal of International Law
Alb. L. Rev.	Albany Law Review
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention
ÄnderungsG	Änderungsgesetz
AnwBl.	Anwaltsblatt

AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayOBLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayRS	Bayerische Rechtssammlung
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebs-Berater
BBG	Bundesbeamten gesetz
Bbg	Land Brandenburg
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamten und Beamten in den Ländern
BefrG	Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (Befreiungsgesetz)
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGG	Behindertengleichstellungsgesetz
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMJV	Bundesministerium für Justiz und für Verbraucherschutz (Kabinett Merkel III; Kabinett Scholz: BMJ)
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege
BNotO	Bundesnotarordnung

---

BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BRRG	Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmengesetz)
BSG	Bundessozialgericht
Bsp.	Beispiel
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CARICOM	Caribbean Community
CAS	Court of Arbitration for Sport
Cath. U. L. Rev	Catholic University Law Review
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
CIArb	Chartered Institute of Arbitrators
CJC	Canadian Judicial Council
CMLRev.	Common Market Law Review
CR	Computer und Recht
d. h.	das heißt
DAI	Deutsches Anwaltsinstitut
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe

---

DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher Zeitung
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit
Diss.	Dissertation
DJCIL	Duke Journal of Comparative & International Law
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DSB	Dispute Settlement Body
DS-GVO	Datenschutzgrundverordnung
DSU	Dispute Settlement Understanding
dt.	deutsch(e)
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
DV	Die Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EAJ	European Association of Judges
ECLR	European Competition Law Review
ECOWAS	Economic Community Of West African States
ECT	Energy Charter Treaty
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	European Free Trade Association
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGZPO	Gesetz betreffend die Einführung der Civilprozessordnung
Einl.	Einleitung
EJL & Econ	European Journal of Law and Economics
EL	Ergänzungslieferung

---

ELJ	European Law Journal
ELR	European Law Reporter
EmöGG	Gesetz über die Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EPG	Einheitliches Patentgericht
EPGÜ	Übereinkommen über ein einheitliches Patentgericht
EPGVerfO	Verfahrensordnung des Einheitlichen Patentgerichts
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
et al.	et alii/et aliae
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGöD	Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
Eu-RhÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EYIEL	European Yearbook of International Economic Law
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgende
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht

---

FBA	Folgenbeseitigungsanspruch
ff.	fortfolgende
FGO	Finanzgerichtsordnung
FGPrax	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FuR	Familie und Recht
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
Ga. St. U. L. Rev.	Georgia State University Law Review
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
gem.	gemäß
gen.	genannt
Geo. J. Int'l L.	Georgetown Journal of International Law
GEPEUP	Internationales Übereinkommen zur Schaffung eines Gerichts für europäische Patente und Gemeinschaftspatente
GeschO-BVerfG	Geschäftsordnung-Bundesverfassungsgericht
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GLJ	German Law Journal
GmbHR	GmbHRundschau
GöD	Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GS	Gedächtnisschrift
GüSchlG	Gütestellen- und Schlichtungsgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz

---

GVRZ	Zeitschrift für das gesamte Verfahrensrecht
GWB	Gesetz über Wettbewerbsbeschränkungen
GWILR	George Washington International Law Review
HH	Hansestadt Hamburg
HmbAGGVG	Hamburgisches Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes
HmbGVBl	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Hrsg.	Herausgeber
hrsgg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. e. S.	im engeren Sinne
i. E.	im Erscheinen
i. S. d.	im Sinne des/im Sinne der
i. S. e.	im Sinne eines/im Sinne einer
i. V. m.	in Verbindung mit
IAJ	International Association of Judges
IBA	International Bar Association
ibid.	ibidem
ICC	International Chamber of Commerce
ICDR	The International Centre for Dispute Resolution
ICLQ	The International & Comparative Law Quarterly
Int'l J. Const. L.	International Journal of Constitutional Law
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILC	International Law Commission
ILJ	Indiana Law Journal
ILO	Internationale Arbeitsorganisation in Strafsachen
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung

---

InVo	Insolvenz und Vollstreckung
IPbpR	Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt)
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
ITLOS	International Tribunal for the Law of the Sea
J. Disp. Resol.	Journal of Dispute Resolution
JA	Juristische Arbeitsblätter
JCMST	Journal of Computers in Mathematics and Science Teaching
JCSW	Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften
JIDS	Journal of International Dispute Settlement
JIEL	Journal of International Economic Law
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
J-PART	Journal of Public Administration Research and Theory
JR	Juristische Rundschau
JurBüro	Das juristische Büro
JuS	Juristische Schulung
JustG NRW	Justizgesetz Nordrhein-Westfalen
JW	Juristische Wochenschrift
JWT	Journal of World Trade
JZ	JuristenZeitung
K&R	Kommunikation und Recht
KapMuG	Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten
KG	Kammergericht
KI	Künstliche Intelligenz
KJ	Kritische Justiz

---

KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KSG	Klimaschutzgesetz
L & CP	Law & Contemporary Problems
LCIA	London Court of International Arbitration
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
lit.	littera
L. J.	Law Journal
LJIL	Leiden Journal of International Law
LSA	Landesrecht Sachsen-Anhalt
LVerf	Landesverfassung
m. a. W.	mit anderen Worten
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
m. W. v.	mit Wirkung vom
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MEDEL	Magistrats Européens pour la démocratie et les libertés
MediationsG	Mediationsgesetz
MediationsRL	Mediationsrichtlinie
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
Mio.	Million(en)
MIP	Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht
MPECCoL	Max Planck Encyclopedia of Comparative
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
MPI	Max-Planck-Institut
n. F.	neue Fassung
Nachw.	Nachweise
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NJ	Neue Justiz

---

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
NK	Neue Kriminalpolitik
No.	Number
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NYUJILP	New York University Journal of International Law and Politics
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o. ä.	oder ähnliche(s)
o. g.	oben genannten
OLG	Oberlandesgericht
OLG-NL	OLG-Rechtsprechung Neue Länder
OLGR	Oberlandesgerichts-Report
OSJDR	Ohio State Journal on Dispute Resolution
P. L.	Public Law
PartG	Gesetz über die politischen Parteien
PKH	Prozesskostenhilfe
PreußVerfUrk	Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat
PrGS	Preußische Gesetzesammlung
PSLR	Penn State Law Review
PsychKG	Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychisch Kranken (Psychisch-Kranken-Gesetz)

---

PVS	Politische Vierteljahresschrift
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBHG	Reichsbeamtenhaftungsgesetz
RdA	Recht der Arbeit
RDi	Recht Digital
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGBO	Reichsgrundbuchordnung
RGRK	Reichsgerichtsrätekommmentar
RGSt	Entscheidungen des Reichsgericht in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RiA	Recht im Amt
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RiWG	Richterwahlgesetz
RiZ(R)	Registerzeichen für Revisionen in Versetzungs- und Prüfungsverfahren nach dem Deutschen Richtergesetz
RKG	Reichskammergericht
RKGO	Reichskammergerichtsordnung
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
RpfBl.	Rechtspflegerblatt
RpfG	Rechtspflegergesetz
Rs.	Rechtssache
Rsen.	Rechtssachen
RTDE	Revue Trimestrielle de Droit Européen
RuP	Recht und Politik
RVerf	Reichsverfassung
RW	Rechtswissenschaft. Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung

s. o.	siehe oben
S. Cal. L. Rev.	Southern California Law Review
S.	Satz/Seite
s.	siehe
SchAG NRW	Gesetz über das Schiedsamt in den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen (Schiedsamtsgesetz)
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
Sec.	Section
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt(e)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SpuRT	Zeitschrift für Sport und Recht
SRÜ	Seerechtsübereinkommen
St. Loius U. L. J.	St. Louis University Law Journal
Stan. L. Rev	Stanford Law Review
StGB	Strafgesetzbuch
StHG	Staatshaftungsgesetz
StPO	Strafprozessordnung
StraFO	Strafverteidiger Forum
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
StRR	StrafRechtsReport
StV	Strafverteidiger
SVR	Straßenverkehrsrecht
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
TaTuP	Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis
TIL	Theoretical Inquiries in Law

---

u. a.	und andere
U. Ark. Little Rock L. Rev.	University of Arkansas at Little Rock Law Review
U. Kan. L. Rev.	University of Kansas Law Review
u. U.	unter Umständen
U.N.T.S.	United Nations Treaty Series
U.S.	United States
UAbs.	Unterabsatz
ÜRG	Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren
UIG	Umweltinformationsgesetz
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklagengesetz)
UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz
UN	United Nations
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
USA	United States of America
usw.	und so weiter
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von/vom
verb.	verbunden(e)
Verf.	Verfassung
VerfBlog	Verfassungsblog
VerfO	Verfahrensordnung
VerfOEGMR	EGMR-Verfahrensordnung
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
Verw.	Verweis

---

VerwArch	Verwaltungsarchiv
VfGH	Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Victoria U. L. & Just.	Victoria University Law and Justice Journal
J.	
VK	Vereinigtes Königreich
VM	Verwaltung und Management
VN	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
VSBG	Gesetz über die alternative Beilegung in Verbrauchersachen
VuR	Verbraucher und Recht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
Wash. U. J.L. & Pol'y	Washington University Journal of Law and Policy
WD	Wissenschaftlicher Dienst
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WTO	World Trade Organization
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZFA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft

---

ZfRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie
ZfWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZKM	Zeitschrift für Konfliktmanagement
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZP	Zusatzprotokoll
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZPol	Zeitschrift für Politikwissenschaft
ZRHO	Rechtshilfeordnung für Zivilsachen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZVgR	Zeitschrift für deutsches und internationales Vergaberecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

